

## Pressemitteilung

### **Sozialer Frieden gefährdet: Caritas Köln kritisiert Kürzungspläne im Bundeshaushalt**

Der vorgelegte Bundeshaushalt für 2024 sieht Kürzungen in der Freien Wohlfahrtspflege von insgesamt rund 25% vor. Das hat auch unmittelbare Auswirkungen für eine Vielzahl sozialer Angebote in der Stadt Köln. Bereits jetzt ist die Zukunft der sozialen Landschaft in Köln fragil und die Situation wird sich noch mehr zuspitzen. „Zusätzlich müssen wir als Caritasverband Köln bereits die enormen Tarifsteigerungen schultern, die nicht in vollem Umfang über Refinanzierung durch öffentliche Gelder gedeckt werden.“ sagt Finanzvorstand Markus Nikolaus.

Unter den geplanten Kürzungen leiden vor allem die Menschen, die in unserer Gesellschaft Hilfe und Unterstützung benötigen. Eine nachhaltige Schwächung des Zusammenhaltes in der Gesellschaft ist vorprogrammiert. „Wir sehen den sozialen Frieden in unserer Stadt und in Deutschland gefährdet, wenn wir die sozialen Leistungen einschränken“, betont Caritas-Vorstand Peter Krücker.

Michael Groß, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege stellt klar: „Der vorliegende Bundeshaushalt ist weder zukunftsfest noch geht er den mutigen Weg in Richtung einer nachhaltigen und gerechteren Gesellschaft weiter, den die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vorgezeichnet hat. Darin wurden die Wohlfahrtsverbände klar als wichtige Stütze der Daseinsvorsorge benannt. Die jetzige Kehrtwende ist nicht nur ein Zeichen mangelnder Anerkennung dieser Rolle, sondern auch mangelnden Verständnisses für ihre zentrale Bedeutung.“

Die Caritas Köln unterstützt geflüchtete Menschen, Zuwandernde, Menschen mit Behinderung, Familien sowie ältere Menschen und Pflegebedürftige. Die drohenden Kürzungen betreffen Hilfsangebote in allen Bereichen: Die kritische Situation im Pflegebereich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem Arbeitskräftemangel wird sich durch den geplanten Wegfall des jährlichen Bundeszuschusses zur Pflegeversicherung noch mehr verschärfen.

Im Bereich der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) sollen 30% Mittel gekürzt werden, und das bei der wachsenden Zahl an Zuwandernden. 50% Kürzungen sind im Programm der Asylverfahrensberatung (AVB) vorgesehen, massive Einschnitte bei den Psychosozialen Zentren (PSZ) für die Versorgung von traumatisierter geflüchteten sowie anderen zugewanderten Menschen, Mittel für Freiwilligendienste werden abgesenkt, die Liste lässt sich weiter fortsetzen...

„Wenn es schon keine zusätzliche Unterstützung für soziale Hilfen und Pflege gibt, darf zumindest nicht weiter gekürzt werden.“ sagt Carmen Witte-Yüksel, Mitglied im Caritas-Vorstand. „Wir tragen mit unserer Arbeit entscheidend zum Zusammenhalt in Krisen bei, haben zum Beispiel nach Ausbruch des Kriegs in der Ukraine unterstützt und geholfen, wo wir nur konnten. In der Corona-Pandemie waren wir verlässlich für Hilfesuchende zur Stelle. Diese Arbeit ist unverzichtbar.“

**Caritasverband  
für die Stadt Köln e.V.**

**Pressekontakt**

**Marianne Jürgens**  
Leitung Öffentlichkeitsarbeit

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.  
Bartholomäus-Schink-Str. 6, 50825 Köln

**Telefon:** 0221 9 55 70-237  
**Telefax:** 0221 9 55 70-230  
marianne.juergens@caritas-koeln.de  
**www.caritas-koeln.de**

Datum, 24.07.2023